

Gabriele Wagner

Ein „neuer Geist des Kapitalismus“?

Paradoxien der Selbstverantwortung¹

Der Beitrag rekonstruiert die konzeptionelle Anlage der Studie „Ein neuer Geist des Kapitalismus“ von Boltanski und Chiapello. Mit der Künstler- und der Sozialkritik werden zwei zentrale Diskussionsstränge des Buches nachgezeichnet und um Argumente aus der deutschsprachigen Wirtschafts- und Arbeitssoziologie mit dem Ziel erweitert, zentrale Aspekte der ‚französischen‘ Studie in den hiesigen Diskussionskontext einzurücken. Über Boltanski und Chiapello hinausgehend wird dabei die These vertreten, dass es nicht die „Netzwerkpolis“, sondern semantische Figuren wie „Selbstverantwortung“ und „die Macht des Marktes“ sind, welche die aktuellen Umbrüche in der Sphäre der Erwerbsarbeit und der Sozialpolitik normativ einbetten. Mit dem Bedeutungsgewinn der genannten semantischen Figuren ist, so die zweite These des Beitrags, eine strukturell folgenreiche Reorientierung von Zurechnungen verknüpft. Die stärkere Betonung von Selbstzurechnung konfrontiert die Normadressaten der Individualisierungssemantik mit vielfältigen Paradoxien.

In der französischen Studie „Der neue Geist des Kapitalismus“ von Luc Boltanski und Eve Chiapello (2003) werden einschneidende Veränderungen der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse sowie die Wiederkehr der sozialen Frage als Folge und Ausdruck neuer kultureller Orientierungshorizonte und Rechtfertigungsformen (poleis) beschrieben. Weiterhin werden diese Phänomene, die bisher entweder auf einer organisatorischen Ebene (z. B. Transformation der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse) oder in einer sozialpolitischen Perspektive (Prekarisierung, Privatisierung sozialer Risiken) getrennt diskutiert wurden, in *einen* kultur- und institutionentheoretischen Zusammenhang gestellt. Mit ihrer Studie verschaffen Boltanski und Chiapello der aus der Mode gekommenen Kapitalismuskritik erneut Geltung. Damit greifen sie ein Thema auf, das offensichtlich ‚in der Luft‘ liegt. Das unterstreicht die große Resonanz, welche die französische Studie diesseits wie jenseits des

Rheins gefunden hat. Zu den Rezipienten gehören politisch Interessierte, denen die verbreitete Neoliberalismusschelte zu einseitig vorkommt, wenn gleich sie ihr im Grundsatz die Berechtigung nicht absprechen wollen. Auch in der Wirtschaftssoziologie ist das Buch auf breites Interesse gestoßen. Das liegt zum einen daran, dass Boltanski und Chiapello die alte weberianische Frage nach der kulturellen Fundierung des modernen Kapitalismus wieder aufnehmen und so einen traditionsreichen Pfad der soziologischen Theorie-Debatte gleichsam revitalisieren. Sie bauen diesen Pfad kreativ aus, indem sie zwei weiterführende Perspektiven in das ‚alte‘ Programm einarbeiten. Gemeint ist hier das Wechselverhältnis zwischen Struktur und Semantik zum Ersten und die Sensibilisierung für Paradoxien als treibende Kräfte der kapitalistischen Vergesellschaftung zum Zweiten.

Der folgende Beitrag schließt an dieses Analyseraster an, indem auf solche Paradoxien und Widersprüche fokussiert wird, die Motor, Ausdruck und Folge aktueller Umbrüche in den Sphären der Erwerbsarbeit und der Sozialpolitik sind. Über Boltanski und Chiapello hinausgehend wird dabei die These vertreten, dass nicht die „Netzwerkpolis“, sondern semantische Figuren wie das „selbstverantwortliche Individuum“ oder die „Macht des Marktes“ den Strukturwandel von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen wie auch den aktuellen Umbau des Sozialstaates normativ einbetten. Mit dem Bedeutungsgewinn der genannten semantischen Figuren ist, so die zweite These des Beitrags, eine strukturell folgenreiche Reorientierung von Zurechnungen verknüpft.

Der Beitrag gliedert sich in vier Schritte. Im ersten Schritt wird kurz die konzeptionelle Anlage der Studie von Boltanski und Chiapello skizziert und kritisch kommentiert. In einem zweiten und dritten Schritt werden mit der Künstler- und daran anschließend der Sozialkritik zwei zentrale Diskussionsstränge des Buches nachgezeichnet und um Argumente aus der deutschsprachigen Wirtschafts- und Arbeitssoziologie mit dem Ziel erweitert, zentrale Aspekte der französischen Studie in den hiesigen Diskussionskontext einzurücken. Der Gang durch die Literatur zielt darauf, jene Paradoxien herauszuarbeiten, mit denen sich die Normadressaten der Individualisierungssemantik konfrontiert sehen. Weiterhin soll gezeigt werden, dass und wie Zurechnungen geändert werden und welche Rolle semantische Figuren wie „Selbstverantwortung“ oder „die Macht des Marktes“ mit Blick auf die Herstellung und Legitimation neuer Strukturen in der Sphäre der Erwerbsarbeit sowie der Sozialpolitik spielen. Im vierten Abschnitt wird ein bündelndes Fazit gezogen.

Ein Lesehinweis sei den folgenden Überlegungen vorangestellt: Der Beitrag argumentiert mit der Unterscheidung zwischen Sozialstruktur und Semantik. Da sich Erleben, Handeln und Kommunizieren stets im Medium sozialen Sinns vollziehen, stehen die Begriffe Struktur und Semantik nicht für zwei

differente Ebenen. Vielmehr verweisen sie auf zwei Seiten ein und derselben Medaille. Auf der ‚Strukturseite‘ geht es um operative (Sinn-)Strukturen wie Organisationsprogramme oder Rollenerwartungen, auf der ‚Semantikseite‘ geht es um „höherstufig generalisierten, relativ situationsunabhängig verfügbaren Sinn“ (Luhmann 1980: 19). Semantische Figuren stellen „Handlungsmuster“ bzw. Regeln der Sinnverarbeitung zur Verfügung und „verstärken die Wahrscheinlichkeit ihres Gebrauchs“ (Stäheli 1998: 324). Sie ermöglichen Selbst- und Fremdbeschreibungen bzw. Selbst- und Fremdbeobachtungen, die ihrerseits instruktiv für Erleben, Handeln und Entscheiden auf der operativen Seite sind. Hinsichtlich des (zeitlichen) Verhältnisses von Struktur und Semantik geht Luhmann von einer linearen Nachträglichkeit von Semantiken aus, die der sinnförmigen Verarbeitung sozialstrukturellen Wandels dienen. Stäheli zu Folge können semantische Figuren jedoch auch „aktiv“ an der Entstehung und „Verfertigung (neuer Strukturen) beteiligt sein“ (Stäheli 1998: 325). In diesem Fall sprechen Stäheli (1998) und Stichweh (2000) von konstitutiven bzw. antizipativen Semantiken. Damit betonen sie das Wechselverhältnis zwischen strukturellem Wandel und semantischen Figuren.

Ob das Verhältnis von Semantik und Sozialstruktur nun als eines der Nachträglichkeit und/oder des Vorseilens zu bestimmen ist, lässt sich nur empirisch klären. Genauso lässt es sich nur empirisch klären, welche konkreten Folgen semantische Figuren für je konkrete Akteure in ihren je konkreten Situationen haben. Eine solche empirische Überprüfung kann hier nicht geleistet werden. Es geht vielmehr darum, einen Beobachtungsrahmen anzubieten, der vorliegende Arbeiten mit dem Ziel reinterpretiert, die „Individualisierungssemantik“ und ihren möglichen Struktureffekt einer Umstellung von Fremd- auf Selbstzurechnung als zentrale Referenz und Substrat eines neuen Rechtfertigungsregimes sichtbar zu machen. Dieser konzeptionelle Vorschlag kann hier nur auf der Ebene von Plausibilitäten und analytischen Zuspitzungen bestritten werden.

1. Das konzeptionelle Programm der Studie – zur widersprüchlichen Rolle der Kritik

In dem folgenden Abschnitt soll nicht die Studie von Boltanski und Chiapello in toto aufgerollt werden; eine gelungene Kurzfassung haben Boltanski und Chiapello (2001) selbst vorgelegt. Es geht vielmehr darum, den konzeptionellen Zugriff und jene Eckpfeiler der Studie zu rekonstruieren, die den weiteren Gang der vorliegenden Arbeit rahmen.

Ausgangspunkt der Studie „Der neue Geist des Kapitalismus“ von Boltanski und Chiapello ist die Feststellung, dass der Kapitalismus ein ebenso widersinniges wie amoralisches System ist, das sich mit zwei Arten der Kritik

konfrontiert sieht, die es selbst provoziert (Boltanski/Chiapello 2003: 81 ff.). Die Sozialkritik brandmarkt den Kapitalismus als Ursprung von Ungleichheit, Armut und Ausbeutung. Die Künstlerkritik stellt die Uniformierung und Unterwerfung subjektiver Potentiale an den Pranger. Je nach sozio-historischer Situation steht die eine oder die andere Form der Kritik im Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Als Ergebnis der Konflikte, in denen um Verteilungsgerechtigkeit gerungen oder gegen Entfremdung gekämpft wird, bilden sich historisch wandelbare Rechtfertigungsordnungen heraus. Diesen Rechtfertigungsordnungen denken Boltanski und Chiapello eine existentielle Funktion zu. Gerade weil der Kapitalismus eine widersinnige, in Ihrer Sicht gar „absurde“ Veranstaltung ist, bedarf er zu seiner moralischen Legitimation und zur Mobilisierung von Folgebereitschaften zwingend außerökonomischer Referenzen (Boltanski/Chiapello 2003: 42). Diese Funktion erfüllen Rechtfertigungsordnungen, die ihrerseits dem Kapitalismus bestimmte Schranken setzen: „Nicht jeder Profit ist legitim, nicht jede Bereicherung ist gerecht, nicht jede Akkumulation ist zulässig“ (Boltanski/Chiapello 2001: 463). Das erste innovative Moment der Studie besteht darin, gerade die Kritik am Kapitalismus als zentrale Erneuerungsquelle und „als Motor für Veränderungen“ des Kapitalismus sichtbar zu machen (Boltanski/Chiapello 2003: 68). Die Kapitalismuskritik bringt eine jeweils neue Rechtfertigungsordnung hervor, die ihrerseits die Restrukturierung des Kapitalismus normativ einbettet und passende Folgebereitschaften der Akteure mobilisiert.

In diesem Sinne rekonstruieren Boltanski und Chiapello die aktuell entstehende Form des „Netzwerkkapitalismus“ als Antwort auf die Künstlerkritik der 1960er und 70er Jahre. Seit den späten 60er Jahren ist das bürokratische Großunternehmen ob seiner Einengungen und Uniformierungszwänge in eine tiefe Legitimationskrise geraten.² Auf diese Krise reagieren die Einführung schlanker Unternehmensstrukturen, kommunikatives Management, Teamarbeit sowie die Aufwertung von Kreativität und Eigensinn als zentrale Produktivitätsfaktoren. Folgt man dem Bild, das die Managementliteratur jüngerer Datums zeichnet, werden die Träume der 1968-Generation wahr: Der Kapitalismus löst sich in eine Vielzahl von Netzen und befristeten Projekten auf, kreative Netzwerker gehen Bindungen ein und lösen sie wieder, autoritäre Führungskräfte werden zu *coaches*, die Raum für Selbstverwirklichung und autonome Gestaltung schaffen. Die ‚schöne neue Netzwerkwelt‘ kann sich der normativen Zustimmung der Akteure sicher sein. Wer wollte nicht selbstbestimmt, authentisch und in Teams an wechselnden Projekten arbeiten?

Die neuen Arbeitsformen und Organisationsstrukturen des Netzwerkkapitalismus beschreiben Boltanski und Chiapello gerade nicht als das Produkt schierer Marktzwänge, wie es eine eilfertige Neoliberalismusschelte nahe legt. Vielmehr sind die Transformationsprozesse von Organisationsstruktu-

ren und Arbeitsverhältnissen Ausdruck und Folge der zunächst erfolgreichen Künstlerkritik. Die Künstlerkritik fokussiert auf Phänomene, die bereits Weber an den Pranger stellte: Entfremdung, Fabrikdisziplin, Uniformierung und Unterwerfung von Subjektivität (Boltanski/Chiapello 2003: 80 f.). Eine Hochphase erlebte die Künstlerkritik nach 1968 – die Stichworte Wertewandel, neue soziale Bewegungen und gesellschaftliche Auf- und Umbrüche mögen hier genügen. Die Ironie der Geschichte liegt darin, dass diese vormals emanzipatorischen Vorstellungen, Normen und Ideale das politische Lager gewechselt haben. Mitbestimmung, Kreativität und Selbstentfaltung sind nicht länger Kampfbegriffe gegen Entfremdungserfahrungen, Bürokratie und Unterordnung, sie sind nunmehr zu Standarderwartungen von Unternehmen an ihre Mitarbeiter geworden. Die „Endogenisierung der Kritik“ hat paradoxerweise maßgeblich zur Rundumerneuerung und Perfektionierung des Kapitalismus beigetragen (Boltanski/Chiapello 2003: 476). Mit dem Hinweis auf Paradoxien und Widersprüche als treibende Kräfte gesellschaftlicher Entwicklung ist ein zweiter Punkt genannt, der die Studie so attraktiv macht und der im Weiteren ausführlich behandelt wird.

Der dritte Punkt, der für die breite Resonanz der Studie verantwortlich sein dürfte, ist der Versuch, den Weg von einer kritischen Soziologie hin zu einer Soziologie der Kritik aufzuzeigen (ausführlich dazu Wagner 2004a). Boltanski und Chiapello zu Folge gilt es, die Kapitalismuskritik vom Kopf ausgearbeiteter Gerechtigkeitstheorien auf die Füße empirisch geltender Rechtfertigungsordnungen zu stellen. Denn es sind die im Erfahrungsraum der Akteure eingelagerten Rechtfertigungsordnungen und keine akademisch elaborierten Normsysteme, die das Erleben und Handeln der Akteure im Kapitalismus sowie ihre Kritik am Kapitalismus orientieren und legitimieren. Dieses Programm, das hier aus Raumgründen ebenfalls nicht in seinen einzelnen Facetten rekonstruiert werden kann, setzen Boltanski und Chiapello in ihrer Studie methodisch um, indem sie vergleichend die Managementliteratur der 1960er und der 1990er Jahre inhaltsanalytisch mit dem Ziel auswerten, die basalen Bestandteile einer neuen Rechtfertigungsordnung herauszuarbeiten. Seit den 1990er Jahren entfaltet sich, so die zentrale These der Studie, mit der Netzwerkpoleis ein dritter, neuer Geist des Kapitalismus. Die Netzwerkpoleis ist die Rechtfertigungsordnung, die den globalen Netzwerkkapitalismus normativ einbettet. Der Held der „konnexionistischen Welt“ ist der mobile, polyvalente, flexible Netzwerker (Boltanski/Chiapello 2003: 184). Er kreiert ständig neue Projekte, knüpft Netzwerke und lässt andere teilhaben an den Gewinnen des Netzes (Boltanski/Chiapello 2003: 136, 143). Der Antiheld ist der „Netzoopportunist“, der das Netz ausbeutet (Boltanski/Chiapello 2003: 392).

Es stellt sich jedoch die Frage, ob allein die Diskurs- bzw. semantische Analyse von managementnaher Beratungsliteratur, die sich an Manager als

Normadressaten der *best practice* Vorgaben richtet, tatsächlich den Blick auf eine Rechtfertigungsordnung freigibt, die den Wandel von Unternehmen, Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen sowie den einschneidenden Umbau des Sozialstaates sinnhaft plausibilisiert und legitimiert. Der von Boltanski und Chiapello skizzierte „Neue Geist des Netzwerkkapitalismus“ mag die Selbstaussbeutungsrisiken und erwerbsbezogenen Flexibilitätsanforderungen im Segment der Hochqualifizierten legitimieren. Außen vor bleiben jedoch andere Beschäftigtengruppen und das gesamte Feld der sich aktuell ebenfalls folgenreich ändernden Sozialpolitik.

Gegenüber dieser Engführung soll im Folgenden die These entfaltet werden, dass der von Beck (1986) beschriebene Individualisierungsschub eine zentrale Referenz der neuen Rechtfertigungsordnung ist. Die Künstlerkritik arbeitet mit semantischen Figuren wie „Authentizität“, „Selbstbestimmung“ oder auch „Kreativität“, die auch zum Vokabular und den zentralen normativen Stützfeilern des Individualisierungsschubs der späten 1960er bzw. 1970er Jahre gehörten. Das Programm „Humanisierung der Arbeitswelt“ oder die von Baethge (1991) beobachtete „normative Subjektivierung von Arbeit“ beziehen ihre Legitimation gerade aus den gesellschaftsweit verankerten Individualisierungsprozessen. Unter Individualisierung soll hier aber nicht allein der ‚romantisch-emanzipatorische Überschuss‘ subjektiver Ansprüche verstanden werden, der mit der Freisetzung aus traditionellen Bindungen zu einem Stück „eigenem Leben“ (Beck-Gernsheim 1983) verbunden ist. Im Anschluss an Wohlrab-Sahr (1997) meint der hier zugrunde gelegte Individualisierungsbegriff in erster Linie eine Umstellung der Zurechnung von Fremdzurechnung auf Selbstzurechnung. Diese Umstellung kann sowohl auf der Ebene gesellschaftlicher Semantiken als auch organisatorischer Strukturen beobachtet werden. In diese – auf den ersten Blick befreiende – Umstellung von Fremdbestimmung auf Selbstbestimmung und die damit verknüpfte Umorientierung von Zurechnungen ist jedoch eine Ambivalenz eingebaut. Wer nicht fremd-, sondern selbstbestimmt lebt und arbeitet, der darf sich den Erfolg stolz selbst zurechnen – muss im Gegenzug jedoch auch für den Misserfolg verantwortlich zeichnen. Die damit angesprochenen Risiken und Paradoxien der Selbstbestimmung sollen nun am Gegenstand der Künstlerkritik genauer rekonstruiert werden. Um zu zeigen, dass die folgenreiche Umstellung von Zurechnungen nicht allein eine akademische These ist, sondern tief in den Erfahrungsraum der Akteure hineinragt, soll die Zurechnungsfrage auf der Ebene von Organisationsstrukturen und semantischen Figuren rekonstruiert werden.

2. Neue Selbstausbeutungsrisiken: Künstlerkritik und die Macht des Marktes

Das „flexibel-marktzentrierte Produktionsmodell“ (Dörre 2003), das seit den 1990er Jahren an Bedeutung gewinnt, ruht Boltanski und Chiapello zu Folge normativ auf der Rechtfertigungsordnung der „projektbasierten (Netzwerk-)polis“ auf (Boltanski/Chiapello 2003: 137). Deren zentrale Bestandteile wie Flexibilität, Polyvalenz und Mobilität verweisen auf eine spezifische Anverwandlung der Künstlerkritik in der ökonomische Sphäre.

Waren im Taylorismus Betriebsabläufe, der Aufgabenzuschnitt von Abteilungen, Technikeinsatz und Weisungslinien Gegenstände von Rationalisierungsprogrammen, so sind es jetzt die subjektiven Strukturierungsleistungen der Beschäftigten selbst, die zur zentralen Stellgröße neuer Rationalisierungsschübe werden. Wenn Zilian (2000) in diesem Zusammenhang vom „Taylorismus der Seele“ spricht, verweist er auf das Problem, dass Rationalisierung nicht mehr auf die Kontrolle von Produktionsabläufen beschränkt bleibt, sondern auf die Motivation und Subjektivität der Beschäftigten ausgeweitet wird. So greifen neue Arbeits- und Organisationskonzepte, die unter Stichworten wie Requalifizierung der Produktionsarbeit, *lean management* oder *life long learning* figurieren, umfassend auf subjektive Kompetenzen zurück. An die Stelle von Hierarchie, Befehlsketten und detaillierten Anweisungen treten marktliche Koordinationsformen, Dezentralisierung sowie (teil-)autonome Arbeitsgruppen und sich selbst organisierende Projektteams. Infolge dieser einschneidenden Reorganisationsmaßnahmen steigen die Anforderungen an die Beschäftigten, Verantwortlichkeiten werden von oben nach unten verlagert und die vielfältigen unterdefinierten Zonen vergrößern die Räume selbst zu gestaltender Abläufe. Die Subjektivität der Beschäftigten erfährt dabei eine bemerkenswerte Aufwertung: Sie gilt nicht länger als illegitimer Störfaktor, sondern wird als zentrale produktive Ressource anerkannt (Moldaschl 2003: 100). Damit ergeben sich für die Beschäftigten neue Chancen, das eigene Tun als Selbstverwirklichung zu begreifen (Kocyba 2005).

Der in der Literatur unter dem Stichwort „Subjektivierung von Arbeit“ diskutierte organisationsstrukturelle Wandel mündet in eine Zurechnungskonvention ein, die sich durch eine normative Präferenz für Selbstzurechnung auszeichnet. Die gestiegenen Chancen auf Autonomie und Selbstverwirklichung nicht jenseits, sondern innerhalb der Arbeit führen neben Chancen, vor allem ein Risiko mit sich. Gemeint ist das Risiko, an den selbst gesetzten Zielen und selbst definierten Aufträgen zu scheitern und sich dieses Scheitern als Versagen selbst zurechnen zu müssen. Da es keine kleinteiligen Vorgaben mehr gibt und der Wertewandel das alte Pflichtethos entwertet, werden die Beschäftigten im Fall des Scheiterns auf sich selbst zurückgeworfen. Mit der

Erosion des Pflichtethos ist der entlastende Rückzug auf den exkulpierenden Hinweis abgeschnitten, doch nach bestem Wissen und Gewissen seine Pflicht erfüllt zu haben (Kocyba 2005: 85). Die Verheißungen eines positiven Individualismus gelingender Selbstverwirklichung führen damit die Drohung „gnadenloser Selbstzurechnung“ mit sich (Bude 2004: 11).

Die strukturelle Umschichtung von Zurechnungen lässt sich auch mit Blick auf zwei weitere personalpolitische Neuerungen zeigen. Auch Zielvereinbarungsprozesse und leistungsabhängige Entgeltformen legen den Beschäftigten die Wahrnehmung umfassender Selbstverantwortung strukturell nahe. Die innere Funktionslogik von Zielvereinbarungsprozessen setzt implizit Selbstzurechnungsmechanismen in Gang. Zielnehmer und Zielgeber vereinbaren ein Ziel mehr oder weniger konsensuell als individuell zu erreichendes. Damit ist dessen Erfüllung in die individuelle Verantwortung des Zielnehmers gestellt. Verfehlt der Zielnehmer sein Ziel, dann bricht er sein Versprechen (Menz/Siegel 2001). Er scheitert als Person an einem Ziel, das er sich im Lauf des Verfahrens selbst gesetzt hat. Die Beschäftigten werden nicht nur für ihre Zielerreichung verantwortlich gemacht. Im Zuge der Einführung erfolgsabhängiger Entgeltsysteme werden marktliche Unsicherheiten des Unternehmens als persönlich adressierbare Risiken an sie weitergegeben. „Die fordistischen Organisationsprinzipien richteten sich auf die Transformation der Unbestimmtheit von Marktanforderungen in eine organisationsinterne Bestimmtheit von Aufgaben, die über ein bürokratisches Anweisungssystem an die Beschäftigten weitergegeben wurden. Jetzt wird die Unbestimmtheit marktlicher Anforderungen im Unternehmen nicht nur zugelassen, sondern geradezu zum Organisationsprinzip von Arbeit“ (Bechtle/Sauer 2003: 47). Die Weitergabe von Marktrisiken an die Beschäftigten, die auf einer semantischen Ebene als unternehmerisches Selbst angerufen werden, führt zur Mobilisierung permanenter Selbstveränderungsbereitschaften, um komplexe Arbeitsaufgaben, Reorganisationsprozesse und schlussendlich Marktturbulenzen bewältigen zu können (Bröckling 2002).

Das Dreieck aus steigenden Gestaltungsspielräumen, Zielvereinbarungen und der Betonung marktbezogener Leistungskriterien bringt wieder ein Moment der inneren Rastlosigkeit im Sinne der Weber'schen Protestantismusthese ins Spiel. Das allerdings mit einem entscheidenden Unterschied. „Tendenziell tritt die Volatilität der Märkte die Nachfolge des unerforschlichen Ratschlusses Gottes an“ (Kocyba 2005: 81). Auch der Neue Geist des Kapitalismus schafft sich wieder durch die ihm eigenen Mittel die passenden Motivlagen und Handlungsbereitschaften. Waren es für Weber Konkurrenz und Auslese, so gesellt sich im Neuen Geist des Kapitalismus die Abwälzung von Marktrisiken auf die Beschäftigten hinzu – mit durchaus disziplinierenden Effekten der Re-Kommodifizierung von Arbeit (Dörre 2005).

Strukturell wie auch semantisch werden, wie gezeigt, den Beschäftigten Formen der Selbstzurechnung nahe gelegt. Das heißt aber nicht, dass nun alle Hebel ein für alle Mal in Richtung Selbstzurechnung umgelegt werden. So kann man mit Blick auf das Management eine stärkere Akzentuierung von Elementen der Fremdzurechnung beobachten. Die auf der Ebene orientierungswirksamer Leitbilder wortreich in Szene gesetzte Semantik „unausweichlicher Marktzwänge“ ermöglicht es dem Management, sich als Entscheider unsichtbar zu machen. Wenn alle, um eine wohl etablierte Variante des Leitbildes zu zitieren, im selben Boot sitzen, den Stürmen turbulenter Märkte trotzen und der Markt bzw. dessen Personifikation – der Kunde – die Ziele vorgibt, verschwindet die persönliche Verantwortung des Managements hinter Sachzwängen. In diesem orientierungswirksamen Leitbild werden, so Jessen (2005), die Gesetze des Marktes als Naturgesetze modelliert und damit als Regeln ausgelegt, die man nicht ändern kann, weil man nie über sie entschieden hat – genauso wenig wie über die Gesetze der Schwerkraft oder der Beschleunigung. Da Aufbegehren hier keinen Sinn macht, bleibt dem Management lediglich die Möglichkeit, den Marktsignalen zu folgen und diese in Form von Kennziffern, Budgetierung und *benchmarking* den Beschäftigten einsichtig zu machen. Die Metapher von der Macht des Marktes anonymisiert Herrschaft, weil sich die Legitimitätsfrage angesichts harter Strukturzwänge kaum sinnvoll stellen lässt (Dörre 2003: 28).

Die Semantik der „Naturgewalt Markt“ hat für das Management eine zugleich ermächtigende und entlastende Funktion. Der Fordismus errichtete eine Herrschaftsform, die sich durch eine Herr-und-Knecht-Konstellation bzw. eine Befehl- und Gehorsamsstruktur auszeichnete. Wer aber Anordnungen trifft, bleibt als Entscheider sichtbar und muss für Wohl und Wehe, für Erfolg und Misserfolg zumindest mitverantwortlich zeichnen. Im Zuge der indirekten Steuerung schieben sich demgegenüber formale Renditeansprüche vor materiell-inhaltliche Vorgaben (Flecker 2000: 32). Die semantische Figur der als zwingend vorgestellten Macht des Marktes hebt die Macht des Managements nicht auf, sie setzt jedoch als Machtressource neue Kontextbedingungen. „Je glaubwürdiger sich das Management als Getriebener“ darstellen vermag, desto stärker kann es für seine Vorgaben die „Autorität objektiver Sachzwänge“ reklamieren (Kädtler 2003: 236). Das Management kann sich dann auf die Rolle des *coaches* zurückziehen, der den Beschäftigten Hilfe zur Selbsthilfe gewährt. Auf diese Weise verwandelt sich das Problem der (Mit-)Verantwortung des Managements für organisatorische Entscheidungen in einen Handlungsauftrag an die Beschäftigten, die Initiative zu ergreifen und selbstverantwortlich zu handeln. Damit ist die zweite Seite des Leitbildes angesprochen: „diejenige der Entgrenzung von Anforderungen und der Ausbeutung. (. . .) Das Grundprinzip wird klar: Während sich die Unternehmensleitung angesichts hoher Umweltkomplexität davon entlastet, kon-

krete inhaltliche Anweisungen geben zu müssen, schwinden zugleich die Grenzen des Aufgabenumfangs und der abgeforderten Leistungen der Beschäftigten immer mehr“ (Flecker 2000: 32 f.). Die Ausrichtung von Erleben und Handeln auf den Markt und die damit verbundene Reorientierung von Zurechnungen stützt auf Seiten der Beschäftigten Formen der Selbstanpassung und erhöht das Risiko der Selbstausbeutung. Das Management hingegen erscheint als Exekutionsorgan von Sachzwängen. Damit errichtet die semantische Figur der „Naturgewalt Markt“ eine Herrschaftsform, die sich als abwesende Anwesenheit eines dirigistischen Managements beschreiben lässt.

Mit Blick auf den Siegeszug der Künstlerkritik im Zuge der umfassenden Subjektivierung von Arbeit lassen sich zusammenfassend zwei zentrale Widersprüche identifizieren: zum Ersten das erfolgreiche Scheitern der Verdinglichungskritik und zum Zweiten das Wiedererstarren der Verdinglichung als Folge der Marktsemantik.

Das *erfolgreiche Scheitern der klassischen Verdinglichungskritik* am Taylorismus verweist auf die Tatsache, dass Organisationskonzepte wie Dezentralisierung, Flexibilisierung, Team- und Projektarbeit sowie die Verlagerung von Entscheidungen nach unten explizit subjektgebundene Kompetenzen wie Kreativität, Eigensinn, Selbststeuerungs- und Strukturierungsfähigkeiten fordern und sie als zentrale Ressourcen anerkennen. Die zur Umsetzung dieser Anforderungen notwendigen Folgebereitschaften mobilisiert der Neue Geist des Kapitalismus, indem er Herrschaft im Sinne der vormals emanzipatorischen Individualisierungssemantik der späten 1960er und 70er Jahre als „Selbstverwirklichungsprojekt“ ausflaggt (Boltanski/Chiapello 2003: 261). Unter den Vorzeichen der „organisierten Selbstverwirklichung“ (Honneth 2002) droht jedoch die vormalige Subversion der Künstlerkritik in Subordination zu kippen. Das gilt nicht zuletzt deshalb, weil die Anverwandlung der Künstlerkritik durch das Management den Beschäftigten im Modus der „fremdbestimmten Selbstbestimmung“ ein neues „Selbstausbeutungsrisiko“ aufbürdet (Boltanski/Chiapello 2003: 145). Wer arbeitet, nicht weil er muss oder dem Pflichtethos folgt, sondern weil er sich selbst verwirklichen möchte und dazu auch die Gelegenheit im Unternehmen bekommt, kann sich schwerlich von steigenden Anforderungen distanzieren (Voswinkel 2002). Unter Rückgriff auf die kritische Theorie könnte man diese Konstellation als Wunscherfüllung um den Preis der Vernichtung von Genussfähigkeit beschreiben.

An die Analysen von Boltanski und Chiapello lässt sich jedoch die kritische Frage richten, wie plausibel es ist, eine subversive kulturelle Praxis, wie sie die Künstlerkritik im engeren Sinne darstellt, mit der Motivstruktur von Mitarbeitern in Unternehmen in eins zu setzen (von Osten 2004). Auch wenn beide der äußeren Form nach vergleichbare Strukturen aufweisen, so haben sie

dennoch qualitativ unterschiedliche soziale Ursprünge, Ziele wie Ergebnisse. Dieser Einwand lenkt die Aufmerksamkeit auf den zweiten Widerspruch, *das Wiedererstarben der Verdinglichung als Folge der Marktsemantik*.

Dieser zweite Widerspruch bezieht sich auf die Re-Kommodifizierung von Arbeit und gibt eine Antwort auf die Frage, wie die Forderung nach Autonomie und Authentizität auf eine Weise eingelöst wurde, die geeignet ist, die „geforderte Selbstbestimmung auf die Verinnerlichung jener Marktmechanismen (zu verengen), deren Herrschaft der Kampf um Autonomie einmal brechen sollte“ (Bröckling 2000: 142). Diese Verengung gründet in den Wechselwirkungen zwischen der organisationsstrukturell verankerten Subjektivierung von Arbeit, der darin eingelassenen Selbstzurechnungsmechanismen und der Marktsemantik. Am Beispiel von personalpolitischen Neuerungen wie Zielvereinbarungen, leistungsabhängigen Entgeltformen und den auf allen Hierarchieebenen steigenden Gestaltungs- und Entscheidungsspielräumen wurde gezeigt, dass damit eine Umstellung von Zurechnungen verbunden ist. Auf einer strukturellen wie auch einer semantischen Ebene wird den Beschäftigten nahe gelegt, sich als gestaltungsfähige Subjekte zu begreifen, die für die Folgen ihrer Entscheidungen selbst verantwortlich zeichnen. Damit transformieren sich organisatorische Probleme in individuell zu bearbeitende Handlungsaufträge, und zwar unabhängig von der Frage, inwieweit diese Subjektpositionierung überhaupt materiell gedeckt ist. Gleichsam gegenläufig zur semantischen Überhöhung der Wirkmächtigkeit von Subjekten ist die Semantik alternativer Marktzwänge angelegt. Der „Markt“ und erst recht der globale Weltmarkt nimmt in der Semantik die Stelle eines „übermächtigen Subjekts“ ein, das „unwiderstehlich, unaufhaltsam, als externer Zwang“ wirkt, dem gegenüber man sich nur anpassend verhalten kann (Tyrell 2005: 21, 30). Die Semantik des Marktes in Kombination mit der „Subjektivierung von Arbeit“ formt sich dann zu einer Problembeschreibung aus, die ihre Lösung stets schon mitführt: Wer sich flexibel, anpassungsfähig und engagiert zeigt, ist fit für den Markt. Wer jedoch unflexibel und passiv ist, wird scheitern und muss sich dieses Scheitern als selbst verschuldetes Versagen selbst zurechnen.

Mit Blick auf die materielle Unterdeckung dieser Zuschreibungspraxis werden ungedeckte Schecks ausgegeben, welche die Subjekte im Fall des Scheiterns teuer bezahlen müssen. Sich dem Risiko des Bankrotts zu entziehen, ist kaum möglich, da mit der Individualisierung eine wirkmächtige neue Semantik des guten Lebens etabliert ist. Die Deutung, sich selbst als Opfer der Verhältnisse zu beschreiben, ist aus dem Kanon anerkannter biographischer Erzählschemata gestrichen. Zum Scheitern an den scheinbar grenzenlosen Möglichkeiten kommt dann noch die Schmach des beschädigten Selbstwertgefühls hinzu. Damit ist auch die Seite der Mobilisierung umfassender Folgebereitschaften angesprochen: Um das schambeladene Schei-

tern abzuwehren, verstricken sich die Subjekte in Rastlosigkeit. Die Künstlerkritik bringt sich selbst zu Fall.

Während der strukturelle Wandel von Organisations- und Arbeitskonzepten sowie seine korrespondierende Begleitsemantik auf eine Umorientierung von Zurechnungen und deren mögliche Effekte und Paradoxien hin befragt wurde, soll nun am Beispiel des Umbaus der Sozialpolitik die legitimatorische wie auch die delegitimatorische Seite der Individualisierungssemantik entfaltet werden.

3. Die Neuorientierung der Sozialpolitik und das Verstummen der Sozialkritik

Ambivalent sind auch die Folgen der zunächst erfolgreichen, dann scheiternden Sozialkritik, die Ausbeutung und Verelendung an den Pranger stellt. Während des „kurzen Traumes immer währender Prosperität“ (Lutz 1984) lässt sich auch mit Blick auf die Sozialkritik eine „Endogenisierung der Kritik“ beobachten (Boltanski/Chiapello 2003: 476). So gibt ein von Offe (1994: 245) interviewtes Mitglied des Arbeitgeberverbandes zu Protokoll: „Mit dem Wohlstand wächst (. . .) das Bedürfnis nach Harmonie – und mit der kompromißbereiten Realisierung dieses Bedürfnisses wiederum der Wohlstand!“ Der Interviewausschnitt zeichnet das Bild einer wechselseitigen Steigerung sozialer Ansprüche und ökonomischer Wachstumsprozesse. Dieses Positivsummenspiel beruhte darauf, dass es dem Massenproduktions-, Massenkonsum- und Massengewerkschaftsmodell des Fordismus gelang, die Sozialkritik am Kapitalismus mit den Mitteln des Kapitalismus zu bearbeiten und auf diese Weise ein „kollektives Management der Sozialkonflikte“ zu ermöglichen (Castel 2005: 58 f.). In der Blütephase des Fordismus wurden Effizienzsteigerungen auf organisatorischer Ebene in „sozialen Fortschritt“ auf gesellschaftlicher Ebene umgeformt (Dörre 2001: 83). Steigende Löhne, umfassende Sicherheitsgarantien, erwartungsstabile Erwerbsverläufe und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates wurden ihrerseits zum Schmieröl eines gut laufenden ökonomischen Wachstumsmotors. Die besondere Konstellation des wohlfahrtsstaatlich gezähmten Kapitalismus führte zu der „Paradoxie (. . .), daß der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital selbst zu einer Funktion des Kapitalverhältnisses auf höherem Niveau wurde“ (Demirović 2003: 48).

Mit der fortschreitenden Globalisierung insbesondere der Finanzmärkte, dem steigenden weltwirtschaftlichen Konkurrenzdruck, dem Bedeutungszuwachs institutioneller Anleger, der dramatischen Verkürzung von Produktlebenszyklen, großen Haushaltsdefiziten und den Verwerfungen am Arbeitsmarkt kehrt sich die Aufwärts- in eine Abwärtsspirale um. Die Zahl der

Arbeitslosen steigt chronisch, die „Grauzonen“ der Beschäftigung werden zunehmend breiter (Supiot 2000: 295). Im Zuge der Globalisierung von (Welt-)Märkten und der Transnationalisierung von Unternehmen verliert der Staat „die Kontrolle über die wichtigsten Wirtschaftsparameter“ (Castel 2005: 56). „Globale Marktprozesse entziehen sich jedoch nicht nur der politischen Regulierung seitens einzelner Regierungen, sondern üben auch außerordentlich hohen Druck auf diese aus, ihre Haushalte zu konsolidieren, die konsumtiven (Sozial-)Ausgaben niedrig und das Zinsniveau hoch zu halten“ (Neyer/Seeleib-Kaiser 1996: 39). Die hier kursorisch umrissenen weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen läuten das Ende des „national-sozialen Staats“ ein – mit weit reichenden sozialpolitischen Folgen (Castel 2005: 56). An die Stelle des Wohlfahrtsstaates, der Sicherheit für alle versprach, ist der aktivierende Staat getreten, der Unsicherheit nur noch rahmt.

Obgleich die Sozialkritik auf ein breites Feld möglicher Empörung trifft, bleibt sie dennoch bemerkenswert ruhig. Boltanski und Chiapello zu Folge mangelt es der ‚alten‘ Sozialkritik am geeigneten Vokabular, um die Folgen der „Dekonstruktion der Arbeitswelt“ und die spezifischen Risiken der Exklusion aus den ökonomisch relevanten Netzwerken kritisieren zu können (Boltanski/Chiapello 2003: 261; 373). In Ergänzung dazu wird hier die These vertreten, dass es insbesondere die semantische Rahmung sozialer Ungleichheit ist, welche die Sozialkritik zum Verstummen bringt. Die gesellschaftlich anerkannte Sozialfigur des selbstverantwortlichen Individuums delegitimiert traditionelle Ansprüche an sozialstaatliche Leistungen.

Vom gewährleistenden zum aktivierenden Sozialstaat

Das Konzept der „Aktivierung“ bezieht sich auf zwei Ebenen: zum einen auf die strukturelle Ebene der politischen Steuerung sowie der organisatorischen Neuausrichtung wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen und zum anderen auf die semantische Ebene der Neukonfigurierung sozialer Ordnung (Lessenich 2003: 215). Die folgenden Überlegungen beziehen sich auf die letztgenannte Ebene.

Der Übergang vom „sorgenden“ (de Swaan 1993) zum „aktivierenden Staat“ führt zu einer „institutionellen Paradoxie in den Sozialsystemen: Der Wohlfahrtsstaat, der soziale Sicherheit für alle verspricht, ist für viele zu einer Quelle sozialer Unsicherheit geworden“ (Bude 2004: 11). Der „aktivierende“ Sozialstaat verabschiedet das deutsche Prinzip der Statussicherung wie auch das der De-Kommodifizierung. Nach Einführung der Hartz-Reformen wahren statusbezogene Anwartschaften nur noch ein Jahr. Die im deutschen Sozialgesetzbuch nicht neue, jedoch drastisch verschärfte Pflicht, „jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen“ (§ 2, Abs. 3 SGB III), wirft ein

Licht darauf, dass der warenförmigen Verausgabung von Arbeitskraft auch hier nicht länger enge Grenzen gezogen werden, man also einen „Prozeß der Re-Kommodifizierung“ beobachten kann (Neyer/Seeleib-Kaiser 1996: 40).

Bei der politischen Durchsetzung des „aktivierenden Staates“ spielt die Individualisierungssemantik eine zentrale Rolle. Nicht länger sollen die Bürger passiv und abhängig von der staatlichen Daseinsfürsorge sein. Auch hier kann man also einen bemerkenswerten Seitenwechsel von Argumenten beobachten – schließlich gehörte es vormals zu der feministischen bzw. der von der kritischen Theorie inspirierten Sozialkritik, gerade den paternalistischen wie auch den entmündigenden Klientelismus des fordistischen Wohlfahrtsstaats an den Pranger zu stellen. Die aktivierende Sozialpolitik nimmt Anleihen bei dieser Kritik und ruft ihre Adressaten dazu auf, individuell für ihre Zukunft Sorge zu tragen und aktiv die Sicherung ihres eigenen Lebens in die Hand zu nehmen (Günther 2000: 466).

Die Reorganisation der Sozialpolitik ruht auf einer individualisierenden Zuschreibung der Ursachen von Unterstützungs- und Hilfebedürftigkeit auf (Trube/Wohlfahrt 2001: 29). Erwerbsbiographische Einbrüche, Dauerarbeitslosigkeit, Armut sind nach dieser Lesart Ausdruck und Folge persönlicher Defizite, mangelnder Anpassungsfähigkeit, fehlender Eigeninitiative oder unzureichender Leistungsbereitschaft. Problematisch an dieser Rahmung ist jedoch, dass zentrale gesellschaftliche wie auch subjektive Voraussetzungen einer faktisch wahrnehmbaren Selbstverantwortung systematisch ausgeblendet werden (Aust/Bothfeld/Leiber 2006: 187). Die öffentliche Verantwortungsrhetorik ist auf eine Weise gebaut, die es ermöglicht, gerade von den genannten Voraussetzungen absehen zu können. „Es geht“, so Günther, „darum, die gesellschaftliche Kommunikation über soziale Probleme und Konflikte (. . .) so zu strukturieren, daß sie einzelnen Personen, Individuen zugeordnet werden, nicht aber überindividuellen Strukturen und Prozessen, der Gesellschaft, der Natur oder dem Schicksal. Im binären Schematismus der Zurechnung findet ein Wechsel von der einen auf die andere Seite statt“ (Günther 2000: 471). Schließlich regelt die semantische Figur der Eigenverantwortung lediglich, wer etwas zu tun hat: nämlich jeder Einzelne; außen vor bleiben kollektive Strukturen (Nullmeier 2006: 178). Das Leitbild der Aktivierung fokussiert auf individuelles Verhalten, nicht auf gesellschaftliche Verhältnisse (Dahme/Wohlfahrt 2002: 19).

So ruft die aktivierende Sozialpolitik selbst jene Bürgerinnen und Bürger als eigenverantwortliche Subjekte an, die bereits an den Inklusionsvoraussetzungen des Arbeitsmarktes und den Kompetenzunterstellungen der ‚aktiven Gesellschaft‘ gescheitert sind. Mit der Semantik der Eigenverantwortung entlassen sich Staat und Gesellschaft aus der Verantwortung für andere. Sozialpolitisch wird so, wie man in Anlehnung an Günther (2000) formulieren kann, eine Ordnung der ‚unverantworteten Verantwortungszuschreibung‘

errichtet, die blind gegenüber strukturellen Restriktionen ist. Diese Blindheit gegenüber strukturellen Restriktionen hat auch Folgen für die Sozialkritik. Diese setzt voraus, dass es kollektiv verbindliche Deutungen gibt, die es erlauben, den Widerspruch zwischen der zugeschriebenen umfassenden Selbstverantwortung und der faktischen Begrenztheit dieser Subjektpositionierung zu thematisieren. Genau diese Thematisierungsmöglichkeit wird jedoch mit dem normativen Bedeutungsgewinn der Individualisierungssemantik zunehmend unwahrscheinlicher. Honneth spricht in diesem Zusammenhang von „einer Individualisierungspolitik (. . .), die die Kontrolle sozialen Unrechtbewußtseins zur Aufgabe hat. Sie vereinzelt die Erfahrung sozialer Lebensbedingungen und erschwert auf diesem Weg die kommunikative Identifizierung sozialen Unrechts. Sie zerstört die kommunikative Infrastruktur, die eine solidarische Mobilisierung von Unrechtsempfindungen voraussetzt“ (Honneth 1990: 194; 193). Mit dem Bedeutungsgewinn der Individualisierungssemantik hält auf einer kollektiven Ebene ein Deutungsmuster Einzug, das – paradoxerweise – gerade die kollektiven Bezüge individueller Erfahrungen ausblendet. In dieser Ausblendung erscheint soziale Ungleichheit als Indiz individuell zu verantwortender Inferiorität und Unterlegenheit (Wagner 2004b: 130 f.; 278). Die Sozialkritik bleibt möglicherweise auch deshalb vergleichsweise ruhig, weil die Figur des ‚stolzen Opfers‘ der Verhältnisse von der Agenda genommen wurde. Damit wird aber auch das Agens sozialer Bewegungen, das kollektive Wir, zum Verschwinden gebracht.

Unter dem Signum des „aktivierenden Staats“ und seiner „eigenverantwortlichen“ Bürgerinnen und Bürger wird also das Verhältnis „zwischen dem leistungserbringenden Staat und den risikogefährdeten Individuen“ neu vermessen (Aust/Bothfeld/Leiber 2006: 186). Angesichts der Finanzkrise des Steuerstaates und der weltweiten Standortkonkurrenzen zielt die Neuvermessung auf der strukturellen Ebene darauf, die Sozialausgaben einzuschränken und die Haushalte zu konsolidieren. Auf der semantischen Ebene geht es um eine Reorientierung sozialer Ordnung (Lessenich 2003: 214). Wer dem „Tugendtraining“ der Selbstverantwortung nicht folgt, verstößt sowohl gegen die Pflichten gegenüber sich selbst als auch gegen die Pflichten, die er gegenüber Staat und Gesellschaft hat (Offe 2001: 467). Mangelnde Selbstverantwortung und Initiative verweist zum einen auf einen ‚falschen‘ Gebrauch der eigenen Freiheit und zum anderen auf „die Weigerung, gesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, sozialen Imperativen zu gehorchen“ (Lessenich 2003: 87). Der Verstoß gegen die Pflichten gegenüber sich selbst wird – in erzieherischer Manier – mit Disziplinierung geahndet. Wer die Sicherungssysteme als „Hängematte“ missbraucht, wird mit Kürzungen bis hin zur Streichung von Leistungen auf den Pfad der Tugend zurückgebracht. Damit ist nicht gesagt, dass es empirisch keinen Missbrauch gibt. Dieses Problem hat die sozialen Sicherungssysteme von Anfang an begleitet, und

von Anfang an gab es mehr oder weniger scharfe Abwehrstrategien. Auf der semantischen Ebene wird jedoch aktuell in einer Weise auf das Missbrauchsthema fokussiert, die dem politischen Missbrauch der Missbrauchsdebatte Tür und Tor öffnet. Dahrendorf sieht hier „neue Formen des Autoritarismus“ heraufziehen. „Menschen zur Arbeit zu zwingen, auch wenn es durch indirekte Mittel geschieht, ist eine autoritäre Politik“ (Dahrendorf 2000: 1067). Indem Dahrendorf daran erinnert, dass nicht das Recht auf Arbeit, sondern vielmehr das Recht, nicht zu arbeiten, ein zentrales liberales Prinzip ist (ebd.), verweist er auf einen weiteren Widerspruch des „Aktivierungskonzepts“: „die Re-Kommodifizierung *mit wohlfahrtsstaatlichen Mitteln*“ (Lesse-nich 2002, S. 14, Hervorhebung im Original).

Zusammenfassend kann man festhalten, dass der Zwang, „jede zumutbare Arbeit annehmen“ zu müssen, die Abkehr vom Statussicherungsprinzip und die Verpflichtung, selbst für das eigene Wohl sorgen zu müssen, die Erwartungen gegenüber den Systemen sozialer Sicherung tief greifend verändern (Aust/Bothfeld/Leiber 2006: 189). Die disziplinierenden Effekte der re-kommodifizierenden Sozialpolitik bleiben nicht auf die Leistungsempfänger beschränkt, sondern erfassen auch die Mittelschicht der Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger können keine umfassenden Unterstützungsleistungen mehr erwarten, die Zukunftsängste bannen. Der „aktivierende Staat“ mobilisiert vielmehr die Angst vor Repression, Deklassierung und Degradierung in die ‚Welt der Transferabhängigen‘ – was immer das im Einzelnen bedeuten mag. Gerade die Diffusität der Ängste, die empirisch nicht mit Erfahrungen gehärtet und deshalb in der Phantasie so plastisch sind, schraubt die Duldsamkeit nach oben. Um einen Arbeitsplatz behalten zu können, beutet man sich selbst aus und nimmt gleichzeitig die Erwartungen an die Gegen-gabe auf ein Minimum zurück: Lohnzurückhaltung, Verzicht auf Sondergrati-fikationen und die selbstbetriebene rationale Bewirtschaftung von Arbeitszeit und Arbeitsintensität werden gegen die Zusage eines vorerst sicheren Arbeitsplatzes getauscht. Selbst die organisationsoffiziell ermöglichten und geforderten Entäußerungen subjektiver Potentiale werden von den Unsicher-heitsängsten zerrieben. Um den Arbeitsplatz nicht zu gefährden, folgen viele Beschäftigte dem selbstgenügsamen Arbeitsethos der Künstlerkritik und bringen so den emanzipatorischen Gehalt selbst zu Fall: Die von Idealismus getragene Selbstaufopferung des Künstlers ist nicht mehr der Gegenent-wurf, sondern der normative Hintergrund der selbst betriebenen Verdingli-chung der Arbeitswelt (Menger 2006: 10). Der Widerspruch, um den es hier geht, lässt sich auf die Formel bringen: kreative Selbstentäußerung als Pflichtethos der neuen „Arbeitsspartaner“ (Behr 2000).

4. Resümee und Ausblick

Mit der „Künstlerkritik“ und der „Sozialkritik“ wurden zwei zentrale Beobachtungsperspektiven der Studie von Boltanski und Chiapello über den „Neuen Geist des Kapitalismus“ rekonstruiert und in den deutschsprachigen Diskussionskontext eingebunden. Mit den Figuren der „organisierten Selbstverwirklichung“ (Honneth), der anwesend abwesenden Kontrolle des Managements, der „Re-Kommodifizierung mit wohlfahrtsstaatlichen Mitteln“ (Lesse- nich) und der kreativen Selbstentäußerung als Pflichtethos wurde eine Reihe von Widersprüchen aufgezeigt. Auch wurde die Frage diskutiert, warum die Vielfalt an widersprüchlichen Verhaltenszumenungen keinen lautstarken gesellschaftlichen Widerstand provoziert. Eine Antwort auf diese Frage wurde mit dem Hinweis auf den Bedeutungsgewinn der Individualisierungssemantik gegeben. Diese Semantik in Kombination mit der semantischen Figur der Macht des Marktes ist eine zentrale Referenz der im Entstehen begriffenen neuen Rechtfertigungsordnung, die die aktuelle Transformation der Gegenwartsgesellschaft legitimatorisch abfedert und zugleich ‚überkommene‘ Ansprüche delegitimiert. Die Delegitimationsdynamik speist sich auch aus jenen Scham- und Inferioritätsgefühlen, die als (zunächst ungesehene) Ambivalenzen der Freisetzung von Fremdbestimmung in den Individualisierungsschub der 1960er bzw. 1970er Jahren eingelassen waren.

In der Perspektive des hier vorgeschlagenen Beobachtungsrahmens konnte gezeigt werden, dass in der Sphäre der Erwerbsarbeit wie auch in der Sphäre der Sozialpolitik Zurechnungskonventionen neu arrangiert werden. Die Beschäftigten wie auch die Leistungsempfänger der sozialen Sicherungssysteme werden umfassend auf Formen der Selbstverantwortung und der Selbstkontrolle verpflichtet. Die soziale Praxis der Zuschreibung von Selbstverantwortung mobilisiert in der Sphäre der Erwerbsarbeit umfassende Handlungs- und Anpassungsbereitschaften und in der Sphäre der Sozialpolitik die normativ gerahmte Selbstverpflichtung, das eigene Schicksal aktiv in die Hand zu nehmen.

Delegitimiert ist in beiden Sphären der Rekurs auf strukturelle Restriktionen und Verhinderungen. Die Semantiken des Marktes und der Aktivierung sind so angelegt, dass sie auf Seiten der Normadressaten die strukturellen wie individuellen Grenzen der Verantwortungsfähigkeit dethematisieren. „Der Ruf nach Selbstverantwortung“ beinhaltet Kaufmann zufolge „die Zumutung, dass ‚verantwortliche‘ Personen“ sich selbst in die Lage versetzen sollen, genau „jene Probleme zu lösen, die andere nicht lösen“ können oder nicht lösen wollen (Kaufmann 1995: 91). Die Semantik der Selbstverantwortung erfüllt dabei nicht nur die Funktion, eine kontingente Zuschreibungspraxis Dritter in eine bindende Selbstverpflichtung der Einzelnen zu übersetzen. Die Zurechnung auf die einzelne Person strukturiert auch die unentwerrbare

Gemengelage von Handeln und Erleiden, möglichen Gründen und Abgründen, Verhältnissen und Verhinderungen. Die klar geschnittene Unterscheidung zwischen Fremdzurechnung und Selbstzurechnung reduziert Komplexität und entlastet von „solidarischer Mitverantwortung“ (Günther 2000: 471) – schließlich ist in die Unterscheidung eine starke normative Präferenz für Selbstzurechnung eingebaut.

Den Aufstieg zum gesellschaftlichen Leitwert verdankt die ‚Selbst-Kultur‘ ihrem emanzipatorischen Versprechen mutiger Aufbrüche. Selbstverantwortung, Selbststeuerung und Selbstkontrolle erweiterten die Spielräume autonomer Gestaltung jenseits von konventionellen Einengungen der 1950er und 60er Jahre. Die romantisch gestützte Berufung auf das eigene Selbst mobilisierte starke Affekte gegen den bevormundenden Paternalismus der großen Unternehmen, die Entmündigung des wohlfahrtsstaatlichen Klientelismus und die patriarchale Unterdrückung von Frauen. Die positive Dialektik der Selbstermächtigung droht jedoch in eine negative Dialektik zu kippen. Sowohl in der Sphäre der Erwerbsarbeit wie auch auf dem Feld der Sozialpolitik wurden Tendenzen aufgezeigt, welche die individuellen und sozialen Voraussetzungen der Verantwortlichkeit aushöhlen. Gegenläufig zur Erosion gerade jener Ressourcen und Institutionen, die Selbstverantwortung stützen, wird die Verpflichtung auf Selbstverantwortlichkeit immer weiter ausgedehnt. Die Diskrepanz zwischen erfahrenem Sein und gefordertem Sollen wirkt disziplinierend und droht die Betroffenen immer tiefer in Selbstzurechnungen zu verstricken. Denn der Widerspruch zwischen Sein und Sollen wird seinerseits individualisiert und entsprechend zugerechnet (Günther 2002: 136). Diese Zurechnungskonvention birgt das Risiko, sowohl die Künstler- als auch die Sozialkritik zum Verstummen zu bringen.

Weber hat dem ersten Geist des Kapitalismus die Paradoxie „Weltbeherrschung durch Weltablehnung“ (Schluchter 19976: 267) ins Stammbuch geschrieben und die Prognose gestellt, dass die Entfaltung dieser Paradoxie im „stahlharten Gehäuse der Hörigkeit“ endet. Der Neue Geist des Kapitalismus hält für sein ‚Bodenpersonal‘ ebenfalls eine Paradoxie bereit: „Was ihm seine Eigenmacht garantieren soll, ist zugleich das, was ihm diese Eigenmacht nimmt“ (Günther 2002: 122). Das mag Anlass zu der kulturpessimistischen Prognose geben, dass sich jeder und jede in das stahlharte Gehäuse der zugemuteten Selbstverantwortung einhaust. Diese Bilanz lebt freilich von ihren analytischen Zuspitzungen, die einen theoretisch bestimmten Grenzfall modellieren, der dennoch instruktiv für die Analyse empirischer Phänomene sein kann. Gleichzeitig markiert dieser Grenzfall eine, aber nicht die einzige Entwicklungsvariante, in die das skizzierte Wechselverhältnis strukturellen Wandels und des Wandels semantischer Figuren einmünden kann. Denn die kulturpessimistische Prognose ebnet den Unterschied und die ebenfalls spannungsreichen Widersprüche ein, die zwischen Struktur und

Semantik, zwischen *action* und *talk*, zwischen sozial nahe gelegter und subjektiv verbindlich gemachter Selbstverantwortung bestehen. Der Hinweis auf diese Unterschiede unterstreicht, dass auch unter den aktuellen Bedingungen nicht zwingend damit zu rechnen ist, dass der Kapitalismus in einem „stahlharten Gehäuse“ erstarrt – vielmehr dürften sich neue Kritikmuster formieren, die an die unabgeholten Versprechen der Selbstverantwortung erinnern. Gekämpft wird dann mit dem semantischen Überschuss des Mythos „Individualisierung“ gegen seine entmächtigenden Effekte.

Anmerkungen

- 1 Für wichtige Hinweise und klärende Diskussionen danke ich Silvana Galassi, Birgit Geissler, Ursula Mense-Petermann, Stephan Voswinkel und den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern.
- 2 Boltanski und Chiapello nehmen keine begriffliche Differenzierung zwischen Kapitalismus, Geist des Kapitalismus und Organisationen bzw. Institutionen vor. Wichtige Hinweise zu diesem Problemfeld und weiterführende Argumente finden sich bei Wolf und Deutschmann (im Erscheinen).

Literatur

- Aust, Judith/Bothfeld, Silke/Leiber, Simone (2006): Eigenverantwortung – Eine sozialpolitische Illusion? In: WSI Mitteilungen 4/2006, S. 186–193
- Baethge, Martin (1991): Arbeit, Vergesellschaftung, Identität. Zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit. In: Soziale Welt, Jg. 42, S. 6–19
- Bechtle, Günter/Sauer, Dieter (2003): Postfordismus als Inkubationszeit einer neuen Herrschaftsform. In: Klaus Dörre/Bernd Röttger (Hg.): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells. Hamburg, S. 35–54
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1983): Vom „Dasein für andere“ zum Anspruch auf ein Stück „eigenes Leben“. Individualisierungsprozesse im weiblichen Lebenszusammenhang. In: Soziale Welt, Jg. 37, S. 307–340
- Behr, Michael (2000): Ostdeutsche Arbeitsspartaner. In: Die politische Meinung, 369/00, S. 27–38
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2001): Die Rolle der Kritik in der Dynamik des Kapitalismus und der normative Wandel. In: Berliner Journal für Soziologie, S. 459–477
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz
- Bröckling, Ulrich (2000): Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement. In: Ulrich Bröckling/Susanne Krasemann/Thomas Lemke (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main, S. 131–167

- Bröckling, Ulrich (2002): Jeder könnte, aber nicht alle können. Konturen des unternehmerischen Selbst. In: *Mittelweg* 36, S. 6–26
- Bude, Heinz (2004): Das Phänomen der Exklusion. In: *Mittelweg* 36, S. 3–15
- Castel, Robert (2005): *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat.* Hamburg
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (2002): Aktivierender Staat. Ein neues sozialpolitisches Leitbild und seine Konsequenzen für die soziale Arbeit. In: *Neue Praxis*, Jg. 22, S. 10–32
- Dahrendorf, Ralf (2000): Die globale Klasse und die neue Ungleichheit. In: *Merkur*, Jg. 54, S. 1057–1068
- Demirović, Alex (2003): Stroboskopischer Effekt und die Kontingenz der Geschichte. In: Ulrich Brand/Werbner Raza (Hg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes.* Münster, S. 43–57
- Deutschmann, Christoph: „Kapitalismus“ und „Geist des Kapitalismus“ – Anmerkungen zum theoretischen Ansatz Boltanski/Chiapellos. Erscheint in: Gabriele Wagner/Philipp Hessinger: *Ein Neuer Geist des Kapitalismus? Ambivalenzen und Paradoxien der Netzwerkökonomie.* Wiesbaden
- Dörre, Klaus (2001): Gibt es ein nachfordistisches Produktionsmodell? Managementprinzipien, Firmenorganisation und Arbeitsbeziehungen im flexiblen Kapitalismus. In: Mario Candeias/Frank Deppe (Hg.): *Akkumulationsregime – Shareholder Society – Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie.* Hamburg, S. 83–105
- Dörre, Klaus (2003): Das flexibel-marktzentrierte Produktionsmodell – Gravitationszentrum eines ‚neuen Kapitalismus‘? In: Klaus Dörre/Bernd Röttger (Hg.): *Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells.* Hamburg, S. 35–54
- Dörre, Klaus (2005): Prekäre Beschäftigung – ein unterschätztes Phänomen in der Debatte um die Marktsteuerung und Subjektivierung von Arbeit. In: Karin Lohr/Hildegard Nickel (Hg.): *Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen.* Münster, S. 180–206
- Flecker, Jörg (2000): Intrapreneure, Arbeitskraftunternehmer und andere Zwitterwesen. In: *Kurswechsel*, S. 28–36
- Günther, Klaus (2000): Verantwortlichkeit in der Zivilgesellschaft. In: Stefan Müller-Dohm (Hg.): *Das Interesse der Vernunft. Rückblicke auf das Werk von Jürgen Habermas seit ‚Erkenntnis und Interesse‘.* Frankfurt am Main, S. 465–485
- Günther, Klaus (2002): Zwischen Ermächtigung und Disziplinierung. Verantwortung im gegenwärtigen Kapitalismus. In: Axel Honneth (Hg.): *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus.* Frankfurt am Main/New York, S. 117–139
- Honneth, Axel (1990): Moralbewußtsein und soziale Klassenherrschaft. Einige Schwierigkeiten in der Analyse normativer Handlungspotentiale. In: ders.: *Die zerrissene Welt des Sozialen. Sozialphilosophische Aufsätze.* Frankfurt am Main, S. 182–201
- Honneth, Axel (2002): Organisierte Selbstverwirklichung. Paradoxien der Individualisierung. In: Axel Honneth (Hg.): *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus.* Frankfurt am Main/New York, S. 141–158
- Jessen, Jens (2005): Fegefeuer des Marktes. In: *Die Zeit* vom 21. Juli 2005

- Kädtler, Jürgen (2003): Globalisierung und Finanzialisierung. Zur Entstehung eines neuen Begründungskontexts für ökonomisches Handeln. In: Klaus Dörre/Bernd Röttger (Hg.): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells. Hamburg, S. 227–249
- Kaufmann, Franz-Xaver (1995): Risiko, Verantwortung und gesellschaftliche Komplexität. In: Kurt Bayertz (Hg.): Verantwortung. Prinzip oder Problem. Darmstadt, S. 72–97
- Kieser, Alfred (1996): Moden und Mythen des Organisierens. In: Die Betriebswirtschaft, Heft 1, S. 21–40
- Kocyba, Hermann (2005): Selbstverwirklichungszwänge und neue Unterwerfungsformen. Paradoxien der Kapitalismuskritik. In: Arbeitsgruppe SubArO (Hg.): Ökonomie der Subjektivität – Subjektivität der Ökonomie. Berlin, S. 79–94
- Lessenich, Stephan (2002): Vorwärts – und nichts vergessen. Die neue deutsche Sozialstaatsdebatte und die Dialektik sozialpolitischer Intervention. <http://www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de/docs/sirenen2002/Lessenich.pdf> (14. August 2006)
- Lessenich, Stephan (2003): Der Arme in der Aktivgesellschaft – zum sozialen Sinn des „Förderns und Forderns“. In: WSI Mitteilungen 4/2003, S. 214–220
- Luhmann, Niklas (1980): Gesellschaftliche Struktur und semantische Tradition. In: ders.: Gesellschaftsstruktur und Semantik, Bd. 1. Frankfurt am Main, S. 9–71
- Lutz, Burkart (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main
- Menger, Pierre-Michel (2006): Kunst und Brot. Die Metamorphosen des Arbeitnehmers. Konstanz
- Menz, Wolfgang/Siegel, Tilla (2001): Markt statt Normalleistung. Denkmuster der Leistungs(lohn)politik im Wandel. In: Ehlscheid, Christoph/Mathes, Horst/Scherbaum, Manfred (Hrsg.): „Das regelt schon der Markt!“ Marktsteuerung und Alternativkonzepte in der Leistungs- und Arbeitszeitpolitik. Hamburg, S. 133–152
- Moldaschl, Manfred (2003): Von der Personalwirtschaftslehre zur Wirtschaftslehre der Person? Konsequenzen von Intrapreneuring, neuer Selbständigkeit und Ich-AG. In: Manfred Moldaschl/Friedrich Thießen (Hg.): Neue Ökonomie der Arbeit. Marburg, S. 95–122
- Neyer, Jürgen/Seeleib-Kaiser, Martin (1996): Arbeitsmarktpolitik nach dem Wohlfahrtsstaat. Konsequenzen der ökonomischen Globalisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B26/96, S. 36–44
- Nullmeier, Frank (2006): Eigenverantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität – konkurrierende Prinzipien der Konstruktion moderner Wohlfahrtsstaaten? In: WSI Mitteilungen, S. 175–180
- Offe, Claus (1994): Moderne „Barbarei“: Der Naturzustand im Kleinformat? In: Journal für Sozialforschung, 34. Jg., S. 229–247
- Offe, Claus (2001): Wessen Wohl ist das Gemeinwohl? In: Lutz Wingert/Klaus Günther (Hg.): Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit. Festschrift für Jürgen Habermas. Frankfurt am Main, S. 459–488
- Osten, Marion von (2004): Kulturelle Arbeit im Postfordismus.

- <http://www.trend.infopartisan.net/tr1201/t32120l.html> (16.09.2004)
- Stäheli, Urs (1998): Die Nachträglichkeit der Semantik. Zum Verhältnis von Sozialstruktur und Semantik. In: *Soziale Systeme*, H. 2, Jg. 4, S. 315–339
- Stichweh, Rudolf (2000): Semantik und Sozialstruktur. Zur Logik einer systemtheoretischen Unterscheidung. In: *Soziale Systeme*, H. 2, Jg. 6, S. 237–250
- Supiot, Alain (2000): Wandel der Arbeit und Zukunft des Arbeitsrechts in Europa. In: Jürgen Kocka (Hg.): *Geschichte und Zukunft der Arbeit*. Frankfurt am Main/New York, S. 293–307
- Swaan, Abram de (1993): *Der sorgende Staat. Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit*. Frankfurt am Main/New York
- Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (2001): „Der aktivierende Sozialstaat“ – Sozialpolitik zwischen Individualisierung und einer neuen politischen Ökonomie der inneren Sicherheit. In: *WSI Mitteilungen* 1/2001, S. 27–34
- Tyrell, Hartmann (2005): Singular oder Plural – einleitende Bemerkungen zu Globalisierung und Weltgesellschaft. In: *Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft, Weltgesellschaft: Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen*, S. 1–50
- Voswinkel, Stephan (2002): Bewunderung ohne Würdigung? Paradoxien der Anerkennung doppelt subjektiver Arbeit. In: Axel Honneth (Hg.): *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*. Frankfurt am Main/New York, S. 65–92
- Wagner, Peter (2004a): *Soziologie der kritischen Urteilskraft und der Rechtfertigung. Die Politik- und Moralsoziologie um Luc Boltanski und Laurent Thévenot*. In: Stephan Moebius/Lothar Peter (Hg.): *Französische Soziologie der Gegenwart*. Konstanz, S. 417–448
- Wagner, Gabriele (2004b): *Anerkennung und Individualisierung*. Konstanz
- Wohlrab-Sahr, Monika (1997): Individualisierung: Differenzierungsprozeß und Zurechnungsmodus. In: Ulrich Beck/Peter Sopp (Hg.): *Individualisierung und Integration. Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?* Opladen, S. 23–36
- Wolf, Harald: Die duale Institution der Arbeit und der neue(st)e Geist des Kapitalismus. Einige Anmerkungen zu einer Anmerkung. Erscheint in: Wagner, Gabriele/Hessinger, Philipp: *Ein Neuer Geist des Kapitalismus? Ambivalenzen und Paradoxien der Netzwerkökonomie*. Wiesbaden
- Zilian, Hans Georg (2000): Taylorismus der Seele. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 25. Jg., S. 75–97